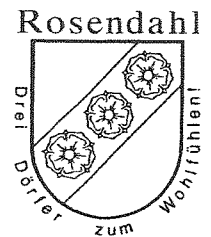


Anlage

Christlich Demokratische Union
CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Rosendahl

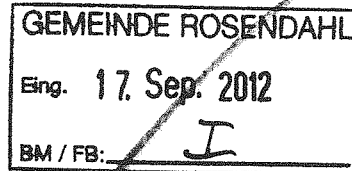
CDU



CDU-Fraktion Rosendahl • Gartenstr.16 • 48720 Rosendahl

An den Bürgermeister der Gemeinde Rosendahl
Herrn Franz –Josef Niehues
Hauptstr. 30

48720 Rosendahl



Rosendahl 11.September 2012

Sehr geehrter Herr Niehues,

bitte nehmen Sie nachfolgenden Antrag der CDU Fraktion auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 27. September 2012.

Antrag der CDU Fraktion :

Der Rat der Gemeinde Rosendahl möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt bei der KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) die Mitgliedschaft für die Gemeinde Rosendahl zu einem Mitgliedsbeitrag von zur Zeit 950,- € per anno zu beantragen.

Nach dem erfolgten Beitritt ist der KGST der Auftrag zur Erstellung eines Organisations- und Verwaltungsstrukturgutachten zu erteilen.

Dieses von der KGST angebotene zweistufige Gutachten beinhaltet die Betrachtung der gesamten Verwaltungsstruktur, Personalstruktur, Personalvolumen, Betriebseinrichtungen, Betriebswirtschaft,, Fachbereichsstruktur, Führungsverhalten, Führungsstruktur, Ressourcenschonung unter Einbeziehung der Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Definition Verwaltung bezieht sich auf das Rathaus, den Bauhof, die Schulen.

Der KGST ist der Zugang und Zugriff auf alle relevanten Einrichtungen, Akten usw. sicherzustellen.

Ein Raum für ungestörte und unbegleitete Mitarbeitergespräche ist sicherzustellen.

Das Gutachten (ggfs. Zwischenergebnisse) sind zuerst den politischen Fraktionen im Rat der Gemeinde Rosendahl vorzulegen.

Die Empfehlungen des Gutachten sind zunächst am runden Tisch zwischen Vertretern der Fraktionen, des Personalrates, der Verwaltung, sowie ggfs. der KGST zu Beschlussvorschlägen an den Rat der Gemeinde Rosendahl abzustimmen.

Die Kosten für die Mitgliedschaft sind ab dem Haushalt 2013 auszuweisen.

Ralf Steindorf
Vorsitzender

CDU
mitten im Leben.

Die Kosten für das Gutachten sind bis zu einer Höhe von 25 000,- € im Nachtragshaushalt einzustellen.

Den eigentlichen Ablauf sollte nach dem Grundsatzbeschluss, der Verweis des Antrages an den nächsten HFA darstellen (13.12.2012) ggfs. ist eine außerordentliche HFA Sitzung einzuberufen. In dieser HFA Sitzung möchten wir mit einem Mitarbeiter der KGST den eigentlichen Ablauf, die Inhalte und die Finanzielle Deckelung festlegen: Die Verwaltung wird aufgefordert zum Termin den entsprechenden Mitarbeiter der KGST einzuladen.

Begründung:

Die Gemeinde befindet sich in elementaren Umbrüchen insbesondere im Personalwesen.

Ein Fachbereichsleiter ist bereits ausgeschieden, die Übernahme der Tätigkeiten diesen Fachbereichsleiter ist zunächst durch den Bürgermeister erfolgt.

In den nächsten Wochen muss zwingend eine Lösung für die Fachbereichsleitungen gefunden werden, allein für den Fachbereich II Finanzen und Controlling gibt es keine Leitung in 2013 mehr.

Die verbleibenden Fachbereichsleiter verlassen bis spätestens 2015 die Verwaltung.

Zu diesem Fachbereich sollte berücksichtigt werden das die Gemeinde Rosendahl sich in schweren Zeiten befindet und das HSK unabdingbar zu einem positiven Ergebnis gebracht werden muss.

Es gab mehrere Anfrage durch die Politik nach einen schlüssigen Personalkonzept, die nicht oder völlig unzureichend beantwortet worden sind.

Es gilt zu befürchten dass durch die Verschleppung von Lösungsansätzen, eine Eilbedürftigkeit erzeugt wird, die sukzessive Beschlüsse ohne grundlegende Diskussion und Abstimmung notwendig machen. Eine Abstimmung zu dem Thema zwischen Verwaltung, Politik, Personalvertretung und Bürgermeister ist uns nicht bekannt. Die Befürchtungen dass hier verbrannte Erde erzeugt und zurück gelassen wird, werden immer realer.

Beschlussvorschläge, wie die Planierungen von Kinderspielplätzen um einen reduzierten Personalaufwand zu erzielen, zeigen das Ausmaß der jetzt schon existierenden Misere.

Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst wird durch den demographischen Wandel, die eingestellte Ausbildungstradition der Gemeinde Rosendahl dazu führen das keine Auswahl unter Bewerbern zur Verfügung steht . Es ist damit zu rechnen dass gewisse Tätigkeiten nicht mehr adäquat besetzt werden können und Outsourcing notwendig wird.

Die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf in Frage gestellt werden.

Die Kosten für Outsourcing und den erhöhten Krankenstand werden stark ansteigen.

Der Bericht der GPA empfiehlt die Einholung externen Sachverständes.

Die Kosten für die Mitgliedschaft und das Gutachten sind u.E. durch die gegenüber dem Haushalt angestiegene Schlüsselzuweisung (nach GFG – Modellrechnung) um 460 000,- € gedeckt.

Die eingesparten Kosten an verhinderten Folgeaufwendungen sind nicht konkret zu beziffern, aber real zu erwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Steindorf

CDU FRAKTION IM RAT
DER GEM. ROSENDAHL
R. STEINDORF
48720 ROSENDAHL